

## KURZ UND PRÄGNANT

### Keine Überwachung mittels Keylogger

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat am 27. Juli in einem Grundsatzurteil entschieden, dass der Einsatz von Spähsoftware durch Arbeitgeber unzulässig ist, wenn nicht ein konkreter Verdacht einer schwerwiegenden Straftat oder einer schwerwiegenden Pflichtverletzung des Arbeitnehmers besteht. Dazu Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Mit dieser Entscheidung stärkt das Bundesarbeitsgericht die Arbeitnehmerrechte, insbesondere den Schutz der Daten von Beschäftigten. Es setzt dem Kontrollwahn enge Grenzen. Gerade die pauschale Überwachung zu Leistungs-, Verhaltens- und Bewegungskontrollen muss nun in allen Betrieben und Einrichtungen ein Ende haben.“

Im verhandelten Fall wurden auf dem PC eines Beschäftigten der gesamte Internetverkehr gespeichert, Tastatureingaben durch Keylogger aufgezeichnet, Bildschirmfotos erstellt, kurz darauf erhielt der Angestellte die Kündigung.

„Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung muss in allen gesellschaftlichen Bereichen – gerade auch in der Arbeitswelt – verwirklicht werden und darf nicht wegen kommerzieller und anderer Interessen hintenanstehen. Auch bei Verdachtsfällen müssen die Persönlichkeitsrechte gewahrt werden.“ Der Abgeordnete empfiehlt Arbeitnehmern, die sich überwacht fühlen, sich an den Betriebsrat und den Landesdatenschutzbeauftragten zu wenden. ■

### Rennsteigshuttle: Vertrag abgestimmt

Das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL) wird ab Dezember 2017 die Züge für die Rennsteigbahn bei der Süd-Thüringen-Bahn (STB) bestellen. Der Infrastrukturbetreiber Rennsteigbahn GmbH beginnt noch in diesem Jahr damit, die Strecke Ilmenau-Rennsteig zu sanieren. „Mit der Entscheidung, die Strecke Ilmenau-Rennsteig weiter zu bestellen und zu sanieren, bekennst sich das Land zu dieser vor allem für den Tourismus wichtigen Verbindung und hofft dabei auf Impulse für die gesamte Region“, sagte der Staatssekretär des Thüringer Verkehrsministeriums, Dr. Klaus Sühl (LINKE). Der erforderliche Verkehrsvertrag wird derzeit abgestimmt. Der Vertrag zwischen dem TMIL und der STB wird für elf Jahre geschlossen. Die Kosten für die Instandsetzung der Strecke betragen 2,5 Millionen Euro und werden mit 75 Prozent vom Land gefördert. ■

# Damit Rechtsklarheit hergestellt wird

## Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs auch für Thüringen bedeutsam

**Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte am 26. Juli zwei Urteile zum Dublin-Verfahren verkündet. „Es lohnt sich, diese Urteile genau zu lesen“, so die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Sabine Berninger.**

Mit dem ersten Urteil, hier geht es um die Zuständigkeit Kroatiens für in Slowenien und Österreich gestellte Asylanträge, widerlegt der Gerichtshof all jene, die der Bundesregierung 2015/2016 Rechtswidrigkeit für die

ationalen Schutz begehrender Drittstaatsangehöriger die Überstellung für sie mit der tatsächlichen Gefahr verbunden ist, eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zu erleiden“, so der EuGH.

„Umso deutlicher müssen die geplanten Verschärfungen der Dublin-Verordnung (künftig sollen zum Beispiel die Selbsteintrittsklausel und die Zuständigkeitsregelung nach Fristablauf wegfallen) abgelehnt und deren für betroffene Geflüchtete existentiellen Auswirkungen verhindert werden“, sagte Sabine Berninger.

Ganz praktisch wichtig sei auch die Entscheidung des EuGH, in der der Gerichtshof die subjektiven Rechte Asylsuchender bekräftigt, dass nämlich der Mitgliedsstaat des ersten Asylantrages (wie zum Beispiel die Bundesrepublik) automatisch zuständig wird, wenn die 3-Monatsfrist abgelaufen ist.

Und hier sei sehr wichtig, so die LINKE Flüchtlingspolitikerin weiter, dass diese Frist dann beginnt, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schriftlich über das erste Asylgesuch informiert wird, zum Beispiel durch Übersendung, Fax, E-Mail der so genannten BüMA (Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender). „Ganz deutlich: Entscheidend ist nicht der Zeitpunkt der formellen Asylantragstellung, wie seitens des BAMF und der Bundesregierung bislang argumentiert wurde“, betonte Sabine Berninger.

Das könne auch in den Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten möglicherweise für Betroffene relevant sein, die 2015/2016 angekommen sind und vom ersten Asylgesuch oder der Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender bis zur formellen Asylantragstellung lange Wartezeiten hinter sich haben und jetzt noch in ein anderes EU-Land überstellt werden sollen. Die Abgeordnete wünscht sich vom zuständigen Ministerium ein „ermessensleitendes Rundschreiben an die Ausländerbehörden, damit für diese, natürlich aber auch für eventuell betroffene Asylsuchende, diesbezüglich Rechtsklarheit hergestellt wird.“

Archivfoto/Fraktion ■



## Menschenwürde zu achten, ist auch Verpflichtung eines Landrates

Am 13. April hatte der Landrat des Landkreises Schmalkalden-Meiningen, Peter Heimrich, während der Präsentation in Teilen umgebauten RAW-Halle einen Flüchtling bloßgestellt. Nach einem Bericht der Zeitung „Freies Wort“ (19.4.2017) sprach der Landrat während des Termins ein Bewohner der Unterkunft an. Im Zeitungsbericht heißt es: „Peter Heimrich zögert nicht lange, fragt den Afghanen nach seinem Namen und tippt diesen in seinen Tablet-Computer ein. Sekunden später zeigt er dem Mann die lange Liste der Anzeigen, die gegen ihn bei der Polizei vorliegen. „Soll ich die wirklich hier vorlesen?““

Den Zeitungsbericht nahm die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Sabine Berninger, zum Anlass, beim Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit nach der Zulässigkeit dieses Verhaltens zu fragen. Der Landesdatenschutzbeauftragte prüfte daraufhin, „ob eine unbefugte Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte,

hier konkret die Presse, vorgelegen hat“.

Er kam zu dem Ergebnis, dass zur Übermittlung der Daten (dass es über den betroffenen strafrechtliche Einträge gibt) an die Presse keine Rechtsgrundlage bestand, „womit die Übermittlung datenschutzrechtlich unzulässig war.“

**Sabine Berninger: „Ich kann Herrn Heimrich nur immer wieder auffordern, alle Menschen mit Respekt zu behandeln“**

Dr. Hasse führte dazu aus, dass es kein Erfordernis für diese Information an die Presse gab, in jedem Fall aber der Betroffene ein schutzwürdiges Interesse habe, nämlich das des Schutzes des Persönlichkeitsrechtes auf informationelle Selbstbestimmung. Die Informationen über vorliegende Anzeigen „haben diskriminierende Wirkung und sind geeignet, die Person im Ansehen herabzuwürdigen“, so Dr. Hasse in seinem Antwortschreiben an die Abge-

ordnete. Gegenüber dem Landrat des Landkreises Schmalkalden-Meiningen wurde eine Beanstandung nach § 39 Abs. 1 des Thüringer Datenschutzgesetzes ausgesprochen, verbunden mit der Aufforderung, künftig datenschutzrechtliche Vorschriften zu beachten.

Sabine Berninger dankte dem Datenschutzbeauftragten für diese deutliche Intervention und hofft, dass Landrat Heimrich sich an die Aufforderung hält. „Ich kann Herrn Heimrich nur immer wieder auffordern, alle Menschen mit Respekt, und auch ihm nicht genehme geflüchtete Menschen nicht länger wie Menschen zweiter Klasse, sondern menschenwürdig zu behandeln.“

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird aus Artikel 1 Abs. 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“) und Artikel 2 Abs. 1 (Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ...) des Grundgesetzes hergeleitet. ■